

unheimlich. Russischerseits soll man angesichts dieser Lage eine Garantierung des derzeitigen Preises für wenigstens sechzig Tage gewünscht haben. Daß das amerikanische Schatzamt diese Garantie ablehnte, hat angeblich die erwähnten Gerüchte verursacht, die so große Unruhe hervorriefen. Was sie wert sind, kann dahingestellt bleiben. Auf jeden Fall sind sie symptomatisch für die Unsicherheit der internationalen Währungsfrage, mehr noch dafür, daß durch Währungsexperimente und -manipulationen eine Lösung, die Dauer verspricht, überhaupt nicht zu erreichen ist. Auch eine bloße Forderung der Handelshemmnisse ist unzulänglich. Das hat schon im Herbst vorigen Jahres Dr. Schacht in seiner Antwort auf die Anregung, Deutschland sollte sich der damaligen »Anpassung« anschließen, hervorgehoben. Mit Recht unterstrich er, daß nur die restlose Vereini-gung der internationalen Verschuldung und die Regelung der Rohstoffverteilung wahrhaft Besserung versprechen. Im Zusammenhang damit meldete er die deutsche Kolonialforderung erneut an. Damals wurde aber auch darauf hingewiesen, daß es darauf ankäme, den großen Zukunftsmarkt Asien zu erschließen, da weder Europa noch Amerika sich auch als Großraumwirtschaften selbst zu genügen in der Lage wären. Die damals erwähnte Voraussetzung der Währungsstabilisierung in China ist inzwischen Wirklichkeit geworden. Alle von Dr. Schacht entwickelten Gedanken haben unverändert noch heute ihre Berechtigung. Van Zeeland verdient zweifelsohne Vertrauen. Wird er den rechten Weg finden?

Im neuesten Heft von »Wirtschaft und Statistik« sind eben die Angaben über den Zuschußbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände für das Rechnungsjahr 1935/36 veröffentlicht worden. Daraus sind besonders die Angaben über die Aufwendungen für das Bildungswesen für den Buchhandel von Interesse, sind doch darin auch die Etats enthalten, aus denen ihm Einnahmen zuflossen. Sie zeigen eine erfreuliche Aufbesserung, die insgesamt gegen 1934/35 2,2%, gegen 1932/33 sogar 6,5% ausmacht. Der Zuschußbedarf (Ausgaben über eigene Einnahmen hinaus) betrug (in Mill. RM) für:

	1934/35	1935/36
Volls- und Fortbildungsschulen . . .	462,7	465,8
Mittlere und höhere Schulen . . .	137,7	140,8
Fach- und sonstige Schulen	39,8	38,5
Wissenschaft, Kunst und Kirche . .	89,8	100,1

Der Anteil des Zuschußbedarfs für das Bildungswesen am Gesamtzuschußbedarf der Gemeinden und Gemeindeverbände ist in den Jahren seit der Machtübernahme ständig gestiegen. Er betrug 1932/33 16,8%, 1933/34 17,3%, 1934/35 18,3% und 1935/36 19%. Nach den Gemeindegrößen zeigt dieser Durchschnittssatz für 1935/36 von 19% natürlich eine unterschiedliche Abstufung. In Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern sind es 20,9%, in solchen mit 50—100 000 20,1%, mit 25—50 000 22,2%, mit 10—25 000 24%, mit bis zu 10 000 24,6%, während die Kreisverbände nur einen Anteil von 2,4% und die Provinzialverbände 6,8% angeben. Relativ spielt das Bildungswesen also in den Etats der kleineren Orte die größere Rolle. Absolut genommen stehen dagegen natürlich die Großstädte an der Spitze. Es betrug in Mill. RM der Zuschußbedarf für das Bildungswesen 1935/36 in Gemeinden mit

	gegen 1932/33	
mehr als 100 000 Einwohnern	358,0	+ 4,6%
50—100 000 "	56,1	+ 4,8%
25—50 000 "	59,0	+ 3,2%
10—25 000 "	60,4	+ 1,7%
bis zu 10 000 "	200,7	+ 10,5%
in den Kreisverbänden	10,7	+ 22,7%
in den Provinzialverbänden	14,6	+ 17,9%
zusammen:	760,5	+ 6,5%

Die Aufbesserung ist also am stärksten in den kleinen Gemeinden erfolgt. Der von Dr. Popitz vor einigen Tagen vorgelegte preußische Staatshaushaltsplan für das Jahr 1937/38 läßt erkennen, daß die erfreuliche Entwicklung auf diesem Gebiet auch weiter anhält. Wie er hervorhob, konnten überall die erforderlichen Beträge bereitgestellt werden, um die Aufbauarbeit des nationalsozialistischen Staates auf den vom Lande zu betreuenden wichtigen Gebieten, insbesondere auf dem der Wissenschaft, allgemeinen und inneren Ver-

waltung, aber auch in Wahrung der allgemein-wirtschaftlichen Interessen der öffentlichen Hand erfolgreich fortzuführen. Besondere Erwähnung verdienen in dieser Hinsicht die notwendigen Maßnahmen für den Ausbau der Universitäten und Technischen Hochschulen, der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten und der Hochschulen für Lehrerbildung, die vermehrten Bedürfnisse der Landeskultur- und der Kulturbauverwaltung, für die Unterhaltung der staatlichen Häfen und Brücken und aus Anlaß der Verbesserung der Gewerbeaufsicht im Zusammenhang mit dem zweiten Vierjahresplan, die vermehrten Aufgaben der allgemeinen und inneren Verwaltung infolge der Wehrhaftmachung, der weitere Ausbau der Gesundheitsämter, die Bereitstellung erhöhter Mittel für Hauptinstandsetzungen der Staatsgebäude und anderes mehr.

Auch der soeben von dem Präsidenten des Reichs-Justizprüfungsamtes in der »Deutschen Justiz« veröffentlichte Jahresbericht für 1936 dürfte für den Buchhandel Interesse haben. Danach haben sich im vergangenen Jahr 3163 Referendare der großen Staatsprüfung unterzogen. Bestanden haben die Prüfung 2841 Referendare, davon zwei mit »ausgezeichnet«, 102 mit »lobenswert«, 545 mit »gut«, 955 mit »befriedigend« und 1237 mit »ausreichend«. Unter der Gesamtzahl befanden sich 62 Frauen. Rund 51 Prozent der Referendare kamen von den Gymnasien, rund 31 Prozent von den Realgymnasien. »Die Anzahl der im Berichtsjahr geprüften Referendare hat gegenüber 1935 um 623, also um 16,46 Prozent abgenommen. Berücksichtigt man, daß in Preußen — Vergleichszahlen für das ganze Reich liegen aus der damaligen Zeit nicht vor — im Jahre 1935 im ganzen 12,79 Prozent Referendare weniger geprüft worden sind als im Jahre 1934, und daß die Prüfungen im Reich im Jahre 1935 gleichfalls entsprechend abgenommen haben, so ergibt sich, daß sich die Prüfungen gegenüber dem Höchststande im Jahre 1934 um rund 25 Prozent verringert haben werden. Sie werden mit Bestimmtheit auch weiterhin abnehmen; das zeigen die in den ersten beiden Monaten des laufenden Jahres erfolgten Zulassungen zur großen Staatsprüfung mit aller Deutlichkeit. Eine solche weitere Abnahme ist dringend erwünscht; denn am 1. Januar 1937 gab es im Reiche noch immer 11 292 Referendare gegenüber 12 083 am 1. Januar 1936, und das ist eine Anzahl, die nur schwer Verwendung finden kann. Da das Reichsjustizministerium jährlich einen Bedarf an 430 Assessoren hat, da ungefähr die gleiche Anzahl als Rechtsanwalt benötigt wird, bei einer dreijährigen Vorbereitungszeit aber jährlich etwa 3760 Referendare (11 292 : 3) ein Unterkommen suchen, stellen die rund 2860 Assessoren, die nach Abzug der 900 in der eigentlichen Justiz benötigten Volljuristen jährlich verbleiben, noch immer eine überaus große Zahl dar, für die es selbst unter Berücksichtigung der vielen Möglichkeiten, die sich einem Juristen in den verschiedensten Zweigen der Verwaltung, in der Industrie, im Handel und Gewerbe, bei der Partei bieten, schwer sein wird, einen ihrer Vorbildung entsprechenden Beruf zu finden. Das Ergebnis der Prüfungen ist mit 10,18 Prozent solcher Referendare, die in den Vorbereitungsdienst zurückgewiesen werden mußten, etwa das gleiche wie im Jahre 1935, in dem dieser Prozentsatz 9,72 betragen hat. Diese 10,18 Prozent stellen den Durchschnitt dar, der sich insgesamt bei den sechs Prüfungsstellen Berlin, Dresden, Düsseldorf, Hamburg, München und Stuttgart ergeben hat. Sie sind aber auch mit nur geringen Abweichungen die Ergebnisse der einzelnen Prüfungsstellen, ein erfreuliches Zeichen dafür, daß die Justizausbildungsordnung im ganzen Reich einheitlich gehandhabt wird.«

Die von der Deutschen Arbeitsfront angeregte Einführung eines freien Wochenendes für die Angestellten des Einzelhandels hat eine lebhafteste Aussprache in Gang gebracht, zu der eine Einjendung an die »Deutschen Briefe« einen Beitrag liefert, in dem auch auf den Buchhandel hingewiesen wurde. Es hieß dort: »Sieht man die Dinge vom Standpunkte des laufenden Publikums an, so scheint der Schwerpunkt der Frage in folgendem zu liegen: Die Verkaufszeiten des Einzelhandels sind schon jetzt etwas allzu reichlich identisch mit den Bürozeiten öffentlicher und privater Betriebe. Beamte und Angestellte, die an Bürostunden gebunden sind, haben schon heute keine rechte Zeit mehr zu Einkäufen, die nicht so ganz im Vorübergehen gemacht werden können, wie etwa die Erwerbung einer Schachtel Zigaretten. Die Mittagsstunden zwischen Dienst und wieder Dienst sind psychologisch sehr ungeeignet. Morgens hat man es meist eilig,